

**AMT DER WIENER  
LANDESREGIERUNG**

und

MD-Verfassungs-  
Rechtsmittelbüro  
1082 Wien, Rathaus  
40 00-82 321

MD-VfR - 528/99

Wien, 30. April 1999

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Eisenbahngesetz 1957, das  
Bundesbahngesetz 1992 und das  
Schieneninfrastrukturfinanzierungs-  
Gesetz geändert werden (Schienen-  
verkehrsmarkt-Regulierungsgesetz);  
Begutachtung;  
Stellungnahme

zu Zl. 210.851/5-II/C/11-1999

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Verkehr

Auf das do. Schreiben vom 7. April 1999, Zl. 210.851/5-  
II/C/11-1999, gibt das Amt der Wiener Landesregierung nach  
Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien bekannt,  
daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine  
Bedenken bestehen.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme  
an das Präsidium des Nationalrates übermittelt. Eine weitere  
Ausfertigung ergeht an die e-mail Adresse  
"begutachtungsverfahren@parlament.gv.at".

Für den Landesamtsdirektor:

MR Mag. Raffler

Dr. Jankowitsch  
Obersenatsrat